

Nr. 20/2011, Europas Regierungschefs verschärfen die Euro-Krise

Wie viel denn noch?

Ich war sehr schockiert – und musste dann doch lachen über diese „Ich zahle nicht“-Bewegung. Einerseits muss man Verständnis aufbringen für den Drang, nicht gegenüber den Steuerhinterziehern der Fabelaki-Schattenwirtschaft benachteiligt zu werden; andererseits sollten sich vielleicht



EU-Spitzenpolitiker

Alles genau durchgerechnet

die anderen Euro-Länder der Bewegung anschließen, zumindest in Hinblick auf Griechenland-Kredite. Oder wie wäre es mit einer Streichung aller Abgaben in Griechenland und einem Hellas-Solidaritätszuschlag im übrigen Europa?

MÜNCHEN

OLIVER BOECK

Die überschuldeten Länder müssen aus der Währungsunion austreten können! Und jeden besserwisserischen Europa-Politiker, der mir jetzt wieder erklären will, dass alles genau durchgerechnet wurde und der Austritt eines Schuldenlandes teurer wäre als die Rettung, kann ich nur fragen: Warum muss jetzt schon wieder ein zweiter „Rettungsschirm“ für Griechenland gebastelt werden, wenn man so genau über alles Bescheid weiß? Wie oft muss noch nachgebessert werden und ab wann rechnet sich der Austritt vielleicht doch?

LEVERKUSEN

HOLGER STAWITZ

Vor Inanspruchnahme der europäischen Solidarität sollte doch wohl die nationale griechische Solidarität gefordert sein. Die könnte sich – wie bei uns 1949 – in einem nationalen Lastenausgleich manifestieren.

MÜNSTER

WOLFRAM HOFFMANN

Griechenland soll jetzt mit neuen Krediten sich selbst retten, obwohl es schon vorher bewiesen hat, dass es mit Krediten nicht umgehen kann. Noch mal 60 Milliarden? Wie viel denn noch? Wäre es nicht günstiger gewesen, schon vor einem Jahr die Staatspleite zu melden? Schuldenerlass und niedrigerer Zinssatz scheinen dringend nötig, sonst zerstört der Frust der Griechen den europäischen Traum.

NÜRNBERG

IOANNIS MOUZAKIS

Frau Merkels Äußerungen zu Griechenland, Portugal und Spanien zeugen nicht nur von einer nicht mehr zu überbietenden Arroganz, sondern auch von der Unfähigkeit, die Probleme richtig anzupacken. Auch wir in Deutschland sind hochverschuldet, weil notwendige finanzpolitische Maßnahmen zu einer gerechteren Verteilung des Kapitals nicht in Angriff genommen werden. Stattdessen fördert man hochmütig den wirtschaftlichen Export auf Kosten anderer Länder und vernachlässigt sträflich die Binnennachfrage.

BERLIN

THOMAS HENSCHKE

Nr. 20/2011, Stasi-Unterlagen: Behördenchef Jahn will Ex-Stasi-Mitarbeiter loswerden

Menschlich enttäuschend

Roland Jahn begründet den geplanten Rauswurf: „Jeder ehemalige Stasi-Mitarbeiter, der in der Behörde angestellt ist, ist ein Schlag ins Gesicht der Opfer.“ Die „Opfer“ mutieren auf diese Weise zu rachedurstigen Anklägern und Richtern. Dass diese Mitarbeiter laut Grundgesetz seit 1990 dieselben Rechte haben wie andere Bundesbürger, zählt nicht? Warum die „Opfer“ ein Ausnahmerecht für ihre Mitbürger erzwingen wollen, sagt Jahn nicht.

DRESDEN

PROF. DR. HORST SCHNEIDER

Diejenigen, die Jahn in sein Amt gewählt haben und dies nun bedauern, weil sie den neuen Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen als einen Menschenjäger mit „Schaum vor dem Mund“ sehen, hätten gründlicher darüber nachdenken müssen, ob man ein Opfer zum Richter machen darf. Es sei denn, sie wussten um die Größe seines Herzens. So groß wie das von Nelson Mandela hätte es gar nicht sein müssen.

ZEHDENICK (BRANDENBURG) ULRICH EHRENBURG

Jahn hält die Bürgernähe der Behörde für wichtig und will deshalb die Außenstellen stärken. Auch das Profil als Aufarbeitungsinstanz will er schärfen. Die längst überfällige Trennung von den Stasi-Mitarbeitern ist dazu nur ein – allerdings notwendiger – Beitrag. Dass diejenigen, die diesen Missstand jahrelang hingenommen haben, dies heute nicht als Fehler zugeben wollen, ist menschlich verständlich. Dass der Beirats-



Behördenchef Jahn
Geschärftes Profil

vorsitzende versucht, die Regierung in ihrer Unterstützung Jahns zu irritieren, ist menschlich enttäuschend. Es geht nicht nur um Banales. Die Archivare sind die Ersten, nicht selten die Einzigen, die die originalen Akten anfassen. Es geht auch nicht um „47 Schicksale“ oder Arbeitsplatzverlust, sondern nur um den Wechsel des Arbeitsortes.

ERFURT

HILDIGUND NEUBERT

LANDESBEAUFTRAGTE FÜR DIE STASI-UNTERLAGEN

Nr. 20/2011, Wie deutsche Psychiater mit der Pharmaindustrie zusammenarbeiten

Zum Mietmaul korrumpiert

Was spricht da noch für die Spezifität, also Qualität eines Medikaments? Warum hat die Pharmaindustrie überhaupt Meinungsbildner nötig? Wirkt ein Arzneimittelwirkstoff erwünscht, dann wird er sich doch wohl nach dem Motto, wer heilt, hat recht, von allein verkaufen. Erst wenn die erwünschte Wirkung fraglich ist, entsteht doch ein Meinungsbildungsbedarf!

WALDBÖCKELHEIM (RHLD.-PF.)

HEINZ PETRY



Tablettenproduktion

Kritisches Bewusstsein entwickeln

Der beschriebene direkte Einfluss der Pharmaindustrie auf die Meinungsbildner führt tatsächlich zu einer völligen Überbewertung der Pharmakotherapie in den meisten psychiatrischen Kliniken. Es steht zu hoffen, dass alle Beteiligten hier ein kritisches Bewusstsein entwickeln.

KALTENKIRCHEN (SCHL.-HOLST.) CLEMENS HEISE
ARZT FÜR PSYCHIATRIE UND PSYCHOTHERAPIE

Arzneimittelhersteller sponsern nicht nur direkt den Jahreskongress der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde in Berlin, sondern auch indirekt, indem sie Teilnehmern Reise und Gebühren finanzieren.

GÖSING (ÖSTERR.) PROF. MATTHIAS C. ANGERMYER

Wenn es „nur“ lächerliche 10 000 oder 20 000 Euro pro Jahr sind, warum hält der Ehrenmann dann die Hand nicht geschlossen? Man muss sich doch nicht gleich zum Mietmaul korrumpieren lassen.

BREMEN

HANS-WERNER BERTELSEN

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe – bitte mit Anschrift und Telefonnummer – gekürzt und auch elektronisch zu veröffentlichen. Die E-Mail-Anschrift lautet: leserbriefe@spiegel.de